
Eine Fundgrube zur britischen Wirtschaftspolitik

Rezension von: Frank Otto, Die
Keynesianische Revolution in
Großbritannien (1929-1948), Duncker &
Humblot, Berlin 1996, 335 Seiten,
öS 715,-.

Der Ausdruck Keynesianismus ist mit einem, analytisch gesehen, nicht ungefährlichen Doppelsinn behaftet. Einerseits hat er sich als globale Bezeichnung für die vor allem in den dreißiger Jahren angesichts der Weltwirtschaftskrise verbreitet geübte oder zumindest geforderte interventionistische Praxis zum Zweck der Konjunkturstabilisierung eingebürgert. Andererseits ist und bleibt er mit der überragenden Persönlichkeit des Theoretikers und Wirtschaftspolitikers John Maynard Keynes und der durch seine Konzepte und Publikationen geprägten ökonomischen Schule eng verknüpft, die für eine solche interventionistische Praxis gegenüber der klassischen *laissez faire*-Doktrin wesentliche Rechtfertigungsgründe geltend machte (etwa die berühmte "*liquidity-trap*").

Diese Doppeldeutigkeit des Begriffes ist bei der wirtschaftsgeschichtlichen Aufarbeitung eines Themas wie der "keynesianischen Revolution in Großbritannien 1929-48" besonders heikel, weil wir hier der agierenden (und selbst für Skeptiker und Gegner unglaublich eindrucksvollen) Person Keynes' selbst begegnen - was freilich nicht die Sicht darauf verstellen sollte, daß auch Keynes in vieler Hinsicht ein Produkt seiner Zeit war. Das läßt sich etwa an seiner Wendung vom überzeugten Freihändler zum maßvollen Protektionisten zeigen.

Eine Abhandlung, die sich mit dem Ausmaß und den Erfolgen antizyklischer Politik im Großbritannien der Zwischenkriegszeit auseinandersetzt (und diese etwa in Beziehung zu anderen expansiven Krisenbewältigungsstrategien wie dem New Deal, den gleichgerichteten Bestrebungen in Schweden oder der notenbankfinanzierten Rüstungskonjunktur des Dritten Reiches betrachtet), hätte vermutlich von der Person Keynes' in relativ weitgehendem Maße abzusehen, dafür aber ein großes Maß an diffizilen institutionellen und statistischen Vergleichen zu bewältigen. Ein Werk von solchem Typus ist die als Dissertation an der Universität Hamburg verfaßte Arbeit von Frank Otto nicht; das ist schon beim ersten Durchblättern angesichts der relativen Sparsamkeit statistischer Daten feststellbar und erweist sich auch an der geringen Zahl internationaler Querverweise.

Die Durchsetzung der "Keynesianischen Revolution" wird von Otto also als eher individualisierend dargestellter historischer Prozeß verstanden, in dem Keynes und seine Anhänger erst im Krieg - und paradoxerweise im Zusammenhang mit der Bekämpfung der rüstungsbedingt überhitzten Gesamtnachfrage und notwendigen Inflationsbekämpfung - in einflußreiche Positionen aufstiegen. Frank Otto referiert somit im wesentlichen die Grabenkämpfe zwischen Keynes und der fiskalischen Orthodoxie ("*treasury view*"), wie sie in einer mittlerweile auch schon sehr breit gefächerten Fachliteratur dargestellt werden. Dabei besteht seine persönliche Akzentsetzung vor allem darin, die eigenen Machtinteressen der Finanzbürokratie als Motiv hervorzuheben, ohne daß dies freilich in besonders schlüssigem oder überzeugendem Maße gelänge. Dennoch ist Ottos faktenreiches Buch eine wertvolle "Fundgrube" zur britischen Wirtschaftspolitik zwischen 1918 und 1948.

Der vielleicht interessanteste Aspekt hat mit dem Titel des Buches (und mit Keynes als Person) gar nichts zu tun: es ist die erschreckende wirtschaftliche Inkompetenz und doktrinäre Weltfremdheit, die gerade den "intellektuellen" Flügel der Labour Party (und der meisten europäischen Arbeiterparteien) angesichts der Weltwirtschaftskrise und der ersten Wiederaufbauphase auszeichneten.

Bezeichnend ist bereits, daß der Wahlkampf 1929 nur von den Liberalen (unter dem diskreditierten Lloyd George) im Zeichen expansiver Fiskalpolitik und öffentlicher Arbeitsbeschaffung geführt wurde. Labour, die Gewinnerin der Wahl, gab sich auch angesichts einer bereits beachtlich hohen Arbeitslosenquote orthodox. Mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise verlangte Philip Snowden, der Labour-Finanzminister, von seinen Kabinettskollegen auch, getreu diesem Grundsatz einschneidende Kürzungen (vor allem der Arbeitslosenunterstützung). Als die Mehrheit des Kabinetts dies ablehnte, wurde im Sommer 1931 handstreichartig das *National Government* gebildet, das zwar Macdonald als Premier und Snowden als Schatzkanzler beibehielt, parlamentarisch aber von den Konservativen (plus einigen Abtrünnigen der gespaltenen Labour Party) dominiert wurde. Die über diesen "Verrat" verbitterte Labour Party wurde an den linken Rand gedrängt.

Die Wirtschaftspolitik des *National Government* hatte aber keineswegs antikeynesianischen Charakter, wiewohl fiskalisch ausgeglichene Budgets angestrebt und bis zur Wiederaufrüstung ab 1935) weitgehend auch erreicht wurden.

Nachdem im September 1931 der verzweifelte Versuch gescheitert war, mit einem extrem restriktiven Budget den Goldstandard zu retten, verfolgte die Regierung einen Kurs der auf das "Empire" ausgerichteten protektionisti-

schen Außenpolitik und des - speziell die private Bauwirtschaft ankurbelnden "easy money". Die Niedrigzinspolitik hatte mehrere Vorteile: Einerseits reduzierte sie die Last der Staatsschuld, deren Krieganleihenbelastung ja nicht, wie in den Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges, durch eine Hyperinflation hinweggefegt worden war. Zur Absicherung dieser Politik wurde das Exchange Equalization Account (EEA) geschaffen, eine Offenmarktinstitution mit beschränkter Geldschöpfungskapazität. Ein Embargo auf neue Kapitalemissionen verfolgte das Ziel, die notorische britische Tendenz zur Investition im Ausland zu reduzieren, also jenes "home investment" zu forcieren, dem schon Kahns Multiplikatorvorstellung gewidmet war. Diese Tatsache, daß Großbritannien nach seiner Abkehr vom Goldstandard nicht unbedingt als Land mit "antikeynesianischer" Politik gelten kann, geht bei Frank Otto ein wenig unter.

Nach dem Krieg bekam, wie bekannt, die Labour Party erstmals die Chance, ihre Wirtschaftspolitik zu realisieren. Das Resultat war eine Katastrophe: Im Sommer 1946 sorgte die Ankündigung der Brot rationierung, die es nicht einmal im Krieg gegeben hatte, für Unruhe. In dem (in ganz Europa katastrophal harten) Winter 1946)47 gab es eine akute Brennstoffkrise, die für den jahrzehntelang vertretenen planwirtschaftlichen Anspruch katastrophal war: Die Planungsrhetorik als durchaus effizientes Propagandainstrument hatte, wie Trevor Smith mit Recht vermerkt, die Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der Regierung stark erhöht; wenn aber dann solche Erwartungen enttäuscht werden, muß mit einer feindseligen Stimmung gegenüber jeglicher Planung gerechnet werden (zitiert bei Otto S. 238). Ende 1947 mußte selbst Stafford Cripps, der führende "Gos-Planer" des Kabinetts zugestehen: "In a free society, planning should

seek the satisfaction of the consumers' wants with the most economical use of our resources. In normal times production should be fitted to the pattern of market demand. It is quite impossible and far from desirable over the whole field of industry to set production targets for every final product. The demands of the public, transmitted through ordinary trading channels must be the ultimate guide in detail".

Harold Wilson begann seine große politische Karriere 1948 als Beseitiger des Kontrollapparates. Dennis Healey sollte später rückblickend auf seine Wahlkampfauftritte 1945 schreiben: "I spoke with total confidence based largely on total ignorance." (Otto S. 216). Hier liegt das vielleicht spannendste und für die Geschichte der Wirtschaftspolitik in Westeuropa bedeutungsvollste Thema, das Frank Ottos ein wenig uneinheitliches Buch behandelt.

Es ist ein Buch, das viel wertvolles

Material verarbeitet. (Unter anderem finden wir auch wieder die berühmte Leserbriefkontroverse in der Times zitiert, in der am 17.10.1932 Keynes, Pignon, MacGregor, Loyton, Salton und Stamp gegen die Orthodoxie Stellungnahmen und am 19.10.1932 Gregory, Hayek, Plant und Robbins als Verfechter der bedingungslosen Spargesinnung antworteten.

Manches irritiert auch ein wenig - so gleich zu Beginn (S. 11) die etwas grobschlächtige Formulierung von der "20jährigen Wirtschaftskrise" in nahezu allen Kombattantenstaaten des Ersten Weltkriegs. Auch eine etwas internationalere Perspektive wäre gelegentlich recht hilfreich. Insgesamt aber ein sehr empfehlenswertes Buch für jeden, der sich für die großen Zyklen der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung im Europa des 20. Jahrhunderts interessiert.

Robert Schediwy